



# Wir sagen NEIN!

**Der „Euro-Rettungsschirm“ schützt Kapitalanleger, Banken und Vermögen und lässt die Menschen im Regen stehen**

Am 29. September 2011 hat der Deutsche Bundestag beschlossen, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Bundesrepublik für 211 Milliarden Euro haften, wenn Griechenland oder andere europäische Länder zahlungsunfähig werden. Fast alle Abgeordneten von SPD und Bündnis90/Die Grünen haben dem – mit der CDU/CSU/FDP-Mehrheit - zugestimmt. Aber: die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE hat geschlossen mit NEIN gestimmt. Wir sagen, warum ...

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

## NEIN zum Euro-Rettungspaket ...

**weil damit vor allem die großen Kapitalanleger und privaten Banken geschützt werden.** Die sind in der Krise 2008 mit vielen hundert Milliarden Euro gerettet worden und verdienen kräftig mit Wetten gegen den Euro und an den hohen Zinsen für Staatskredite. Die Deutsche Bank z.B. plant den Rekordgewinn von 10 Milliarden Euro in diesem Jahr.

**Wir fordern:** Die Staaten müssen unabhängig werden von den Finanzmärkten. Wir brauchen eine öffentlich-rechtliche Bank für Kredite an bedürftige Länder und Garantien für kleine Sparer.

**weil mit den Sparauflagen Sozialabbau, Lohnsenkungen und Ausverkauf von öffentlichen Unternehmen erzwungen wird.** Dagegen stehen wir – hier und europaweit. Das ist nicht nur eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, sondern auch volkswirtschaftlicher Unsinn.

**Wir fordern:** Einen gemeinsamen europäischen Fonds für Investitionen in sozial-ökologischen Umbau. Und eine abgestimmte Lohn- und Sozialpolitik, damit der Standortwettbewerb aufhört, den die Beschäftigten überall mit zu niedrigen Löhnen bezahlen. Sparen kann man beim Rüstungsetat (der ist in Griechenland besonders hoch).

**weil die Superreichen und die riesigen Gewinne nicht herangezogen werden.** 7,5 Billionen privates Geldvermögen besitzen die Vermögensmillionäre in Europa. In Deutschland beträgt die Staatsverschuldung 2 Billionen Euro, aber die „obersten Zehntausend“ (die reichsten 10 Prozent) haben 3 Billionen Euro angehäuft. Und in der Finanzkrise hat die Zahl der Millionäre sogar zugenommen.

**Wir fordern:** eine EU-weite Vermögensabgabe für reiche Privathaushalte, um die öffentlichen Haushalte zu sanieren. Zur Finanzierung der Krisenkosten ist eine echte Bankenabgabe in Europa nötig und zur Begrenzung der Spekulation eine europaweite Finanztransaktionssteuer.

## JA zu Europa und sozialer Gerechtigkeit!

Lesen Sie mehr unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)  
[www.sabine-leidig.de](http://www.sabine-leidig.de) | [www.christinebuchholz.de](http://www.christinebuchholz.de)  
[www.werner-dreibus.de](http://www.werner-dreibus.de) | [www.wolfgang-gehrcke.de](http://www.wolfgang-gehrcke.de)

